

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Postgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achtgepaltelte Komposition oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Tagesanzeiger 70 Pf. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein.

Inzerate-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands



Beratungen über die Befangenenrückkehr.

Beginn der Beratungen in Köln.

Berlin, 7. September.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die bereits angekündigte Konferenz mit den Vertretern der englischen Regierung wurde gestern, am 6. September 10 Uhr vormittags, im Kölner Hof zu Köln eröffnet. Sie wurde englischerseits von General Guthrie, deutscherseits von Oberst Bauer geführt. Als bisheriges Ergebnis wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenem Material voraussichtlich bis auf weiteres 3000 Gefangene täglich in Köln übergeben wird, und wöchentlich mit eigenen Schiffen 3000 Mann nach Rotterdam — unter Voraussetzung des Einverständnisses der holländischen Regierung — führen will. Die weitere Steigerung der Heimführung hängt davon ab, in welchem Umfange die deutsche Regierung in der Lage ist, vollkommenes Eisenbahnmateriale und Schiffsdraht zu stellen. Das Braunkohle der hierzu noch notwendigen Erzeugnisse wird so schnell als möglich der englischen Seite, Köln, übermitteln. Der Gang der Verhandlungen zeigt, daß die englische Regierung bereit ist, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen nach Möglichkeit zu fördern. Bis einschließlich 6. September sind bisher in Köln 6000 deutsche Kriegsgefangene übernommen. Mit der Heimkehr der in französischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen kann vor der Ratifizierung durch Frankreich nicht gerechnet werden.

Kein Verfahren gegen den Exkaiser.

Amsterdam, 7. September.

Nach einer Meldung des Pressbüros Radio aus Annapolis erklärte Staatssekretär Lansing in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz, bezüglich des vorgeschlagenen gerichtlichen Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser: Es sei vom ersten Augenblick an ersichtlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission entschlossen waren, vor allen anderen den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu ziehen. Drei Anklagen könnten gegen ihn erhoben werden, nämlich, daß er für den Krieg und für die Bezeichnung der belgisch-luxemburgischen Neutralität, sowie für die fragranten Verletzungen der Kriegsgebote durch deutsche Streitkräfte verantwortlich sei. Die Kommission habe mit der Untersuchung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit begonnen, sei aber schließlich einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sein würde, den Kaiser für den Ausbruch des Krieges oder für den Einmarsch in Belgien und Angewandung strafrechtlich zu verfolgen. Die Kommission habe zwar anerkannt, daß der Kaiser ein moralisches Verbrechen gegen die Menschheit begangen habe, habe sich aber gleichzeitig genötigt gesehen zu erklären, daß es kein positives Gesetz gebe, durch das das Verhalten des Kaisers zu einem strafbaren Verbrechen gestempelt würde. Die Schuld des Kaisers sei nicht derart, daß sie von einem Gerichtshof festgestellt und bestraft werden könnte.

Wenn das Verfahren gegen Wilhelm auch aus formellen Gründen abgelehnt worden ist, so bedeutet das doch nicht, daß der Exkaiser schuldlos an dem Ausbruch und dem Verlauf des Weltkriegs wäre.

Ein Strafantrag gegen Helfferich.

Vor einigen Tagen hat Herr Dr. Helfferich beim Präsidenten Oberl angefragt, ob das von ihm gewünschte Klageverfahren gegen ihn endlich eingeleitet worden sei. Darauf antwortet nun Herr Oberl, daß das Reichskabinett beschlossen habe, auf Veranlassung Erzbergers Strafantrag beim preussischen Justizminister gegen Helfferich zu stellen.

Eine englische Note an Rumänien.

M. H. Haag, 7. September.

„Holländisch Newsbüro“ meldet aus London: Sir George Clark, der als Sondergesandter nach Rumänien geht, hat eine Note Balfours mitgenommen, in der erklärt wird, daß die englische Regierung hofft, daß Rumänien nicht auf den Bruch mit den Alliierten hinarbeiten und daß sie über die Ursachen des entstandenen Konfliktes Aufklärung

geben wird. Die Alliierten verlangen von Rumänien, daß es Ungarn räumt, die Requisitionen einstellt und die bereits beschlagnahmten und weggeführten Gegenstände zur Verfügung der Alliierten stellt, damit eine gleiche Verteilung stattfinden kann. Die Note verlangt weiter Rumäniens Mitwirkung zur Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn.

Zwischenfälle im besetzten Gebiet.

Amsterdam, 7. September.

Der „Telegraaf“ veröffentlicht eine Londoner Meldung, zufolge am 5. September in Südrhein im besetzten Gebiet einige englische Soldaten überfallen wurden. Ein englischer Soldat wurde schwer verwundet. Der Stadt wurde eine Geldbuße von 100 000 Reich aufgelegt. Der Hauptschuldige, ein Arbeiter namens Kupfer, wurde zum Tode verurteilt; das Urteil ist bisher nicht vollstreckt worden.

Ein Todesurteil in Flandern.

H. N. Haag, 7. September.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der Oberste Gerichtshof hat Karmis, den Delegierten des Rates von Flandern für nationale Verteidigung während der deutschen Okkupation, zum Tode verurteilt.

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

H. N. Haag, den 7. September.

Aus London wird gemeldet: Die „Times“ erfährt aus Omsk: Seit dem 28. August dauert der Kampf auf der ganzen Front der drei russischen Heere mit großer Heftigkeit an. Die roten Truppen leisten kräftigen Widerstand, sind selbst aber bisher auch nicht weitergekommen.

Schiffsverluste der Engländer.

Seelingsford, 7. September.

Nach einer hier eingetroffenen Meldung haben die Engländer außer dem Zerstörer Victoria, der, wie gemeldet, am 30. August torpediert wurde, die Zerstörer S. 19 und S. 26 verloren.

Die Wirren in Ungarn.

Kein Kabinett Heinrich.

Budapest, 7. September.

Handelsminister Franz Heinrich teilte nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus in dem gestrigen Ministerrat mit, daß er sich mit der Neubildung des Kabinetts nicht weiter befassen werde. Er verhandelte hierüber die Budapest interalliierte Mission in einer Note, in der er erklärt, daß die öffentliche Meinung des Landes immer härter und einheitlicher zugunsten der gegenwärtigen Regierung Stellung genommen habe, so daß er einen Erfolg seines Unternehmens für ausgeschlossen halte.

Antikommunistische Schreckensherrschaft.

Budapest, 7. September.

B. L. B. meldet: Nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus gelangt in der Strafsache gegen die Terroristen zuerst die Anklage gegen die Kommandanten der berüchtigten terroristischen Truppen Kohn-Szereles, Kovacs und Czerny zur Hauptverhandlung. Sämtlichen Angeklagten werden mehrfache Raub und andere schwere Verbrechen zur Last gelegt. Im Auslieferung des in Deutschösterreich internierten Bela Kun und Genossen wurde die deutschösterreichische Regierung bereits ordnungsgemäß ersucht. In Budapest und Umgebung sind über 3500 Beschuldigte in Haft.

Ein Eisenbahngesetz in Amerika.

New York, 6. September.

Im Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Eisenbahnen den früheren Besitzern zurückgegeben werden sollen. Die Arbeiter erhalten Stimmen in der Verwaltung und Anteil am Reingewinn. Die Linien werden von gemischten Ausschüssen aus Besitzern und Arbeitern verwaltet. Ausländer werden verboten. Außerdem sollen billigere Tarife geschaffen werden.

Der Renegat.

Als der jetzige Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig, vor kurzem sein Bekenntnis veröffentlichte, daß er und seine Partei die Revolution nicht nur nicht gewollt, sondern sogar vier Jahre lang in Wort und Schrift bekämpft haben, schrieb ein rechtssozialistisches Organ, das „Bremer Volksblatt“, über Winnig:

„Und wäre offen gesagt, ein verständiger Vögelicher auf dem geschickten Ostposten lieber als dieser Renegat, der mit innerpolitischem Wächern seine Deutschland und der internationalen Proletaratsklasse schädliche Politik zu betreiben wagt.“

Dieses vernichtende Urteil eines Parteiorgans über August Winnig, dessen Bekenntnisse auch der übrigen rechtssozialistischen Presse tagelang erböliche Wogenbeschreiber verursachten, verhinderte es nicht, daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, den von keinem Posten abberufenen deutschen Gesandten im Baltikum in seiner Sonnabend-Morgenausgabe als Ankläger gegen die lettische Republik auftreten ließ, der, gestützt auf seine recht fragwürdige Autorität sein Scherlein für die allgemeine Hege gegen Lettland beizusteuern suchte.

Es wäre besser gewesen, Herr Winnig hätte geschwiegen und die Öffentlichkeit nicht auf seine verhängnisvolle Wirksamkeit im Baltikum aufmerksam gemacht. So aber zwingt uns sein Auftreten, uns etwas eingehender mit der Tätigkeit dieses Mannes zu befassen, der auf wäntigen diplomatischem Posten die Interessen der deutschen Republik in Grund und Boden gewirrschaftet und die deutsche Auslandspolitik auf das schwerste kompromittiert hat.

Herr Winnig ging als Generalkonsul nach dem deutschen Republik im November vorigen Jahres nach dem Baltikum. Er hatte nicht nur für die Räumung Estlands, Livlands und Kurlands von den deutschen Okkupations-truppen zu sorgen, seine Aufgabe war es auch, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Republiken „Eesti“, „Latwija“ und der deutschen Republik herzustellen. Diese Aufgabe war angesichts der durch die deutschen Okkupationsbehörden geschaffenen Erbitterung unter der Bevölkerung mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Sie hat aber für einen Politiker, der bereit war, sich auf den Boden der Demokratie und des Sozialismus zu stellen, ein außerordentliches Betätigungsfeld. Das estnische und das lettische Volk, das unter der Antriebe des deutschen Imperialismus gelitten hatte, begrüßte begeistert die deutsche Revolution, die ihm mit der Befreiung auch die Aussicht auf ein brüderliches Zusammenleben mit dem befreiten deutschen Volk brachte. Herr Winnig verstand es aber ausgezeichnet, die Sympathien der Esten und Letten für die deutsche Revolution gründlich zu vernichten. Er sah seine Aufgabe nicht darin, die Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus im Baltikum zu fördern, sondern hauptsächlich darin, die herrschende deutsche Minorität, vor allem den deutschen feudalen Grundbesitz vor der sozialen Bewegung der unterdrückten estnisch-lettischen Volksmassen zu sichern. Befangen in denselben nationalistischen Gedankengängen, die den früheren Antimilitaristen August Winnig während der Kriegszeit zum Verord der deutschen Kriegspolitik gemacht hatten, trieb August Winnig als deutscher Gesandter im Baltikum nicht die Politik eines Demokraten und Sozialisten, sondern die eines engstirnigen deutschen Nationalisten, der in dem Ansehen der nationalen und sozialen Gegenüber im Baltikum nur das „Deutschtum“ sah, das unter allen Umständen vor den Wogen der sozialen Revolution geschützt werden mußte.

Da das Deutschtum in den baltischen Provinzen (das indogermanisch nicht mehr als 5-6 Prozent der Bevölkerung ausmacht) repräsentiert und geführt wird von der kleinen Schicht der baltischen Junker, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben, so verwandelte sich Winnigs Verteidigung des „Deutschtums“ in die Verteidigung der Interessen des deutschen Großgrundbesitzes. Die Winnig keine Aufgabe aufsuchte, geht beispielsweise daraus hervor, daß er vor der Räumung Estlands durch die deutschen Truppen an die Regierung der estnischen Republik die Forderung richtete, sie solle dem Deutschtum im estnischen Parlament dieselbe Vertretung einräumen, wie der gesamten übrigen Bevölkerung. Demnach sollten etwa 25 000 Deutsche ebenso viel Mandate erhalten, wie etwa 1 680 000 Esten! Die Deutschen sollten also 65 mal mehr Rechte genießen als die estnische Bevölkerung. Außerdem sollte die estnische Regierung den deutsch-baltischen Baronen,

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Die während der Okkupationszeit offenen Landesverrat zugunsten Deutschlands betrieben hatten, vollste Straffreiheit zusichern. Daß diese Leistungen dem „Sozialdemokraten“ Winnig den begeisterten Dank der deutsch-baltischen Junker sicherte, versteht sich von selbst. Dr. G. von Rosen drückt sich über die Verdienste Winnigs folgendermaßen aus:

„Winnig ist schon im November in dankenswerter Weise für die Rechte der deutschen Minderheit im Lande mit Nachdruck eingetreten; jetzt hat er dort, wo mittlerweile im Einverständnis mit den Regierungen in Riga und Wewal die „Eiserne Division“ zum Kampfe gegen die Bolschewisten formiert wird, die geeignete Grundlage, um für die politische Parität der Deutschbaltischen, deutschen Kolonisten usw. mit Erfolg tätig zu sein.“ („Die Ostsee“, Berlin, 1919, Heft 19.)

Herr Winnig hat diese Hoffnungen der deutsch-baltischen Junker mit aller Kraft zu rechtfertigen gesucht. Bei der Werbung deutscher Freiwilligentruppen für das Baltikum war nicht — wie er jetzt im „Vorwärts“ vorjagt — der Schutz der lettischen Republik vor der Bolschewistengefahr für ihn ausschlaggebend, vielmehr betrachtete er diese Aktion hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der deutsch-baltischen Junkermacht im Baltikum. Es wäre sonst auch rätselhaft, wie der „Sozialdemokrat“ Winnig es hat dulden können, daß die deutsch-baltische Landeswehr mit Unterstützung des Oberbefehlshabers Grafen Solty am 16. April die Regierung Ulmanis stürzte und die reaktionäre Regierung Wedra, hinter der in Wirklichkeit die baltische Junkerpartei stand, einsetzte. Es wäre rätselhaft, wie der „Sozialdemokrat“ Winnig den dann einsetzenden Terror der Junker, die Bergewaltigung der lettischen Bevölkerung, die Brutalitäten und Ausschreitungen der „Eisernen Division“, die konterrevolutionären Märsche im Lande, den Vorstoß gegen Riga, den Kampf der deutschen Truppen gegen die Letten und Esten und sonstiges mehr zuließ, wenn er diese Aktionen nicht als im Interesse des baltischen Deutschtums stehend erachtet hätte.

Herr Winnig hat sich jetzt von der Mitschuld an dieser verhängnisvollen Wendung der deutschen Politik im Baltikum dadurch zu entlasten, daß er im „Vorwärts“ erklärt, er habe seit Ende Januar die Entwicklung der Dinge im Baltikum „nur noch aus ziemlicher Entfernung verfolgen können“. Diese Entschuldigung ist nicht stichhaltig. Herr Winnig war bis zu seiner vor kurzem erfolgten Abberufung der offizielle Vertreter der deutschen Politik im Baltikum und als solcher verantwortlich für den Kurs, der dort gesteuert wurde. Er hat nichts getan, um die Schicksale des Grafen Solty zu inhibieren; er hat den deutsch-baltischen Junkerliken freie Hand gegen die Letten gelassen; er hat es geduldet, daß die öffentliche Meinung andauernd durch den Pressebericht der deutschen Gesandtschaft in Riga irreführend wurde; er hat nichts dagegen unternommen, daß in seinem Namen zahlreiche Werbeposten in Deutschland unter Verbrechung von Siebungsland usw. deutsche Landsknechte für die baltischen Barone anwarben.

Man begreift diese Haltung des Herrn Winnig, wenn man sich des Aufrufs erinnert, den er in der kritischsten Periode der Friedensverhandlungen in der ostpreussischen Presse veröffentlichte. In diesem Aufrufe erklärte er, selbst wenn die Regierung den Frieden unterzeichnen werde, werde sich die Bevölkerung im Osten einer solchen Entscheidung nicht fügen, sondern werde die Waffen ergreifen, um Widerstand zu leisten und die Ostprovinzen und die nationale Ehre zu retten. Herr Winnig verfolgte also im Grunde mit den auffälligen Generalen des Grenzschutzes eine Politik, die auf eine Wiederaufnahme des Krieges gegen die Entente hinauslief. Deshalb bildete er es, daß Curland in ein militärisches Bollwerk der alldeutschen-militaristischen Rebellen verwandelt wurde. Deshalb scherte er sich den Teufel darum, ob in Lettland die Demokratie vernichtet, der Bürgerkrieg entseffelt und die Interessen der deutschen Politik zugrunde gerichtet wurden.

Daß die deutsche Politik in Lettland alle ihre Chancen vernichtet und einen völligen Zusammenbruch erlebt hat, ist das Verdienst Winnigs und des Grafen Solty. Daß er dies nicht eingestehen will, ist menschlich begreiflich. Daß er aber nun sein Fiasko durch läugerische, beherrschende Angriffe gegen die lettlandische Regierung zu verdecken sucht, ist eine politische Schamlosigkeit, die wir selbst einem Winnig nicht zugetraut haben.

Daß es so gekommen ist, kann freilich niemand tadeln. Der Renegat Winnig, der als Vertreter der deutschen sozialistischen Republik nicht nur seine sozialistische Vergangenheit, sondern auch die elementarste demokratische Gesinnung verleugnete, konnte keine andere Politik als die der Nationalisten, Militaristen und Junker treiben. Insofern ist Winnig eine typische Erscheinung in der rechtssozialistischen Führerschaft. Nachdem sie ihre Grundidee zum alten Eisen geworfen und sich in Gegenjagd zu der klassenbewußten Arbeiterklasse gestellt hat, kann sie keine andere Politik machen, als die, die die bestehenden Klassen, die Militaristen und die Nationalisten ihr aufzwingen. Das tritt nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik deutlich zutage. Daß das Fiasko des Renegaten Winnig ist deshalb das Fiasko der gesamten sozialistischen Politik, die das Renegatentum zu ihrem leitenden Prinzip erhoben hat.

Verhängung des Kriegrechts über Schantung.

H. N. Haag, 7. September.

Aus London wird gemeldet: Die „Times“ erzählt aus Peking, daß die Studenten den Kampf gegen die Politik Japans wieder aufgenommen haben. Viele Hunderte nahmen an einer Kundgebung teil. Auf Befehl der Regierung hat der Gouverneur von Schantung das Kriegrecht proklamiert. Mehrere Personen wurden vor Gericht gestellt und mehrere Studenten verhaftet, was allgemeine Unzufriedenheit veranlaßte. Der Boykott der japanischen Waren dauert fort. In Schanghai und Kientsin hat die Einfuhr japanischer Waren im Juli nur 30 Prozent der Einfuhr des Vorjahres betragen. Die Regelung sämtlicher innerer Angelegenheiten wurde aufgeschoben, da sich das Kabinett gegenwärtig nur mit der Schantungfrage beschäftigen kann. Im Norden ist die Militärpartei sehr stark, aber noch nicht instande, ein Kabinett aus eigenen Männern zu bilden. Die Aussichten auf einen Ausgleich zwischen Nord- und Südjapan sind gleich Null.

Am gestrigen Sonntag fand in den Germania-Sälen in der Chausseestraße die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg statt. Der Vorsitzende Genosse Brühl widmete dem Internationalen Jugendtag einige beredliche Worte und besprach dann in kurzen Worten die nächsten Aufgaben der Partei. Er wandte sich insbesondere sehr scharf gegen die Rechtssozialisten und lebte jede Einigung, jede Gemeinlichkeit mit ihnen ab. Dies müsse von uns auch festgestellt werden im Hinblick auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die in den Sammelagern politisch bearbeitet werden. Jedes Mitglied müsse sich bewußt unserem offenen Bekenntnis zum Rätesystem und der Diktatur der Arbeiterklasse anschließen. Wir wollen keine Mitglieder unter falschen Voraussetzungen. Besonders zwei Aufgaben seien wichtig: die Schulung unserer Mitglieder und die Erfassung der Frauen. Unsere Parole müsse sein: alles für den Sozialismus, alles durch den Sozialismus.

Es entbann sich nun eine Geschäftsordnungsdebatte über die Festsetzung der Tagesordnung. Genosse Neumann beantragte zu dem Referat des Genossen Haase über Parlamentarismus den Genossen Däumig als Korreferenten zuzulassen. Genosse Haase erklärte sich bei der Bedeutung dieser Frage mit dem Korreferenten einverstanden, meinte aber, daß man dann in einer neuen Versammlung über Parlamentarismus ausführlich reden könne, um heute das Verbandsstatut fertigzubringen. Brühl sprach sich ebenfalls für die Erledigung des Organisationsstatuts aus. Die Versammlung beschloß an erster Stelle die Vorträge entgegenzunehmen und dann erst die Statutenberatung zu erledigen. Hierfür erhielt das Wort

Genosse Haase über „Parlamentarismus“.

Als die Partei im März dieses Jahres ihr Revolutionsprogramm beschloß, war kaum anzunehmen, daß so schnell neue tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten entstehen könnten. Das Revolutionsprogramm hat zur Märgung der Massen beigetragen und eine außerordentliche Werbekraft entwickelt. Die programmatische Erklärung der Partei sprach klar aus, daß das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats notwendig seien, ebenso aber auch alle anderen Kampfmittel einschließlich des Parlamentarismus. Der Parteitag sprach sich damit deutlich gegen jede prowdonistische und blanquistische Strömungen aus. Es wird in unseren Reihen viel darüber gesprochen, ob wir dem Parlamentarismus nicht Votum zu sagen hätten. Das ist kein funktionsgeladener Gedanke. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat sich nach allen Richtungen mit dieser Frage beschäftigt. Durch die Geschichte ist die Entscheidung längst gefällt worden. Ich mache niemandem einen Vorwurf daraus, wenn er heute wenig liest und studiert, daran findet Krieg und Revolution Schuld.

Eine Anschauung geht dahin, daß wir mit dem Parlamentarismus überhaupt nichts zu tun hätten, die andere Anschauung geht nicht so weit. Sie meint, daß man an den Wahlen teilnehmen müsse, aber die Erwählten dürften nicht in die Parlamente gehen. Die dritte Anschauung will, daß die Gewählten auch ihre Plätze in den Parlamenten in Besitz nehmen und die Parlamentarier als Propaganda und für die Partei benutzen, aber es ablehnen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Die vierte Anschauung geht dahin, daß das Proletariat eine doppelte Aufgabe habe, durch Überwindung der Bourgeoisie zum Sozialismus zu kommen. Deshalb sei es Aufgabe der Gewählten, im Parlament mitzuwirken, um es zu stählen für diesen Kampf. Auch das fordert ein hartes Ringen mit der bürgerlichen Gesellschaft. Einigkeit besteht darin, daß keine Koalition eingegangen werden dürfe. Es ist kein Zweifel, daß die Abgeordneten sofort das Parlament verlassen müssen, wenn sie das Vertrauen ihrer Wähler nicht mehr genießen. Das wird ja jetzt erleichtert durch das Proportionalwahlrecht.

Wir alle haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir nicht im Parlament die einzige Tätigkeit für das Proletariat sehen. Wir haben verlangt, daß die Abgeordneten sich nicht loslösen von der Masse. Wir haben den parlamentarischen Realismus verurteilt, und ich betachte ihn auch noch jetzt. Deshalb war es für uns auch eine reine Nüchternheit, als Wert und Scheidemann das Parlament nach Weimar betreten, um es dem Einfluß der Masse zu entziehen.

Ja denn das Parlament überhaupt nötig?

Mary und Engels haben den Parlamentarismus nicht prinzipiell abgelehnt. Auf dem Gründungskongreß der kommunistischen Partei Deutschlands hatte Rosa Luxemburg ebenfalls die Beteiligung an den Wahlen gefordert. Das verlangte sie im Dezember, wo die revolutionäre Welle noch hoch ging und eine Ablehnung des Parlamentarismus verständlicher gewesen wäre. Den Arbeitern auf dem Kongreß sagte sie, was ich den Arbeitern nie sagen würde: „Ihr seid nur deshalb, wenn ihr verlangt, daß man sich an den Wahlen nicht beteiligen solle.“ Derselben Auffassung war Karl Liebknecht. Und auch Genossin Petlin, die der kommunistischen Partei angehört, ist in der revolutionären Zeit Mitglied des württembergischen Landtags geworden und läßt ihr Mandat auch aus. Freilich hat sie von den Kommunisten schon ihre Quittung bekommen: Sie möge nur weiter durch ihre Tätigkeit den Sozialismus kompromittieren. Man legt gar keinen Wert mehr auf sie und hat ihr sogar die Forderung gestellt, entweder aus dem Parlament auszutreten oder aus der kommunistischen Partei. Dabei wiegt Genossin Petlin doch weit schwerer als manche in der kommunistischen Partei herumtrende Personen. (Sehr gut!) Genossin Petlin hat sich aber gemeldet, ihr Mandat niederzulegen, da sie sich bei ihrem Einblick in die Geschichte und das Wesen des sozialistischen Kampfes solche Vorschläge nicht gefallen lassen könne. (Sehr richtig!) Ich könnte es nicht besser ausdrücken, als es Genossin Petlin getan hat. Ja, man muß schon einige Einblicke in geschichtliche Zusammenhänge haben.

Genosse Haase schilderte dann die Diskussion über den Parlamentarismus auf dem Internationalen Kongreß in Zürich 1908. Man kam einstimmig zur Auffassung, daß da, wo die Partei stark dastünde, jeder Kompromiß mit den Bürgerlichen einen Verrat darstelle. Die Deutschen erklärten durch Wilhelm Liebknecht: In Deutschland ist jeder Kompromiß mit den Bürgerlichen unmöglich. Wir müssen uns emanzipieren von der Bourgeoisie. Es gibt keine revolutionäre und keine konterrevolutionäre Politik, sondern es gibt nur eine Politik zur revolutionären oder konterrevolutionären Taten. Insbesondere ist auch die Staatsmaschine an sich reaktionär oder revolutionär. Wenn mich jemand mit einer Waffe anweist, beachte ich sie nicht, sondern ich entwinde sie ihm. (Sehr richtig!) Auch auf dem Londoner Kongreß von 1900 erklärte Liebknecht, daß die deutschen Arbeiter kein Verständnis hätten für die Wahlführung. (Sehr gut!) Ihre Parole sei: mehr wählen,

je häufiger, je besser. Die Reaktion habe die Legislaturperiode doch nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft auf fünf Jahre verlängert. Haben wir gewählt, dann müssen wir auch ins Parlament gehen.

Auch die dritte Internationale spricht sich nicht grundsätzlich gegen den Parlamentarismus aus. Als die Bolschewiki zur Regierung kamen, dachten sie auch nicht so, wie heute. Nur weil die konstituierende Versammlung ihnen nicht passte, jagten die Bolschewiki sie auseinander. Die Engen in Bulgarien haben sich jetzt praktisch vor diese Aufgabe gestellt. Diese Partei hat einen großen Erfolg davongetragen, von 10 Sitzen ist sie auf 45 gestiegen und hat die Reformsozialisten aus dem Sattel gehoben. Ebenso die jungschwedische, norwegische und schweizerische Partei haben trotz des Anschlusses an die dritte Internationale nicht daran gedacht, sich von den parlamentarischen Einrichtungen zurückzuziehen. Unsere Doktrinen bilden sich ein, die wahren Realpolitiker zu sein und die Revolution in Erbpaß genommen zu haben. Genosse Haase zitierte Stellen aus einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ von Kurt Geyer:

„Die Frage, ob die Partei sich überhaupt an parlamentarischen Wahlen beteiligen und Vertreter in die Parlamente entsenden soll, ist eine taktische. In einem Zeitpunkt, in dem offener revolutionärer Kampf geführt werden, haben Vertreter der Revolutionspartei in den bürgerlichen Parlamenten nichts zu suchen. Ganz abgesehen davon, daß man sie beim offenen Kampfabbruch sofort ungeschädlich machen würde. In einer vorrevolutionären Situation muß die Parlamentariertribüne benutzt werden, um die Massen durch Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit zu sammeln und anzuspornen. Parlamentarische Kleinarbeit in solcher Situation würde nur Kraftvergeudung bedeuten.“

Wie Unterscheidung zwischen revolutionärer Situation, vorrevolutionärer Situation und vorvorrevolutionärer Situation. Geyer sagt weiter:

„Ähnliches gilt für die Beteiligung an Wahlen. In einer Situation, in der der offene revolutionäre Kampf so nahe bevorsteht, daß nur Monate, ja Wochen noch von dem Ausbruch trennen, würde die Beteiligung an Wahlen nur eine Schwächung der revolutionären Stoffkraft bedeuten. Und die Situation in Deutschland ist vorrevolutionär.“

Ich selbst gehöre zu den sehr ungeduldigen Revolutionären. Aber ist wirklich jemand hier, der mit Kurt Geyer von der prophetischen Gabe erfüllt ist, daß nach Wochen oder nach Monaten der große Entscheidungskampf da sein wird? Glauben Sie, daß Mary und Engels so verneinend gewesen wären, die Revolution für Wochen oder Monate voranzujagen? Eine solche Politik verheißt ich nicht. Ich verstehe auch die Arbeiter nicht, die auf eine solche „Hoffnung“ alles setzen. Man muß sich auf alle Situationen einrichten. Es kann auch anders kommen, es kann auch länger dauern.

Was würden die Folgen der Wahlenthaltung sein? Beurteilen Sie das selbst nach Ihrem eigenen Erfahrungen. Würden sich die Massen der Wahl enthalten? Sie würden zur Wahl gehen, wir würden die Massen von uns fortstoßen und die Rechtssozialisten würden den größten Triumph erleben. Für diese Politik danke ich. (Sehr guter Beifall.) Diese Politik können nur Leute vertreten, die sich an irgendeinem Worte berauschen, (Händelklatschen.) Wir, die wir auf dem Boden des Rätesystems stehen, können diesem Systeme keinen kleinsten Dienst erweisen, als wenn wir es als Feind betrachten. Ist denn das Rätesystem unser Feind? Nein, es ist auch nur ein Mittel. (Sehr guter Beifall.) Wir wollen doch die sozialistische Gesellschaft, nicht das Rätesystem. (Sehr gut!) Wir klammern uns an Formalitäten und vergessen darüber die sozialistische Entwicklung. Begeben wir doch nicht die Fächer der Bolschewisten, lernen wir doch aus diesen Fehlern. Ich halte es für verfehlt, die Frage zu stellen: Rätesystem oder parlamentarische Wahl. Zunächst, in dem Augenblick, in dem wir zur Alleinherrschaft kommen, spielt diese Frage eine Rolle. Was hat aber bis zu diesem Augenblick zu geschehen? Bis dahin benutzen wir das Rätesystem, und jede andere Waffe, auch den Parlamentarismus. (Sehr gut!)

Die Köpfe unter den Kommunisten, die lange im Proletariat gekämpft haben, sind ebenfalls zu dieser Ueberzeugung gekommen. Eine Reichskonferenz der kommunistischen Partei hat sich mit der Frage beschäftigt, ob es nicht gewagt sei, den Kampf innerhalb der restaurierten Parlamente aufzunehmen. Will man den Kampf, dann muß man auch in die Parlamente hinein gehen. Das soll Verrat sein? Nein, Verrat ist, wenn man auch nur ein Tüpfelchen von seinen Grundsatzen abweicht. Noch eine Frage an die Genossen, die jetzt mit all diesen Gedanken zu spielen. Parlamentarismus ist doch auch der kommunale Parlamentarismus. Wollen denn die Genossen auch aus den kommunalen Vertretungen herausgehen und es den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten überlassen, über das Wahl und Wehe der Gemeindeglieder zu bestimmen? Es ist so absurd, daß darüber nicht viel Worte zu verlieren sind. Jaures sagte 1898: Der Sozialismus kann nicht ein Stück der Macht sein. Deswegen hatten wir es auch für den größten Verrat der Rechtssozialisten, daß sie mit den Bürgerlichen dastünden. Aber bis die Volksherrschaft kommt, haben wir alle Mittel anzuwenden, Gewerkschaften, Genossenschaften, Räte, auch das Parlament. Wir schwächen uns nicht, wir härten uns nur dadurch. (Langanhaltender Beifall und Händelklatschen.)

Das Wort erhält hierauf

Genosse Däumig als Korreferent.

Genosse Haase hat in den einleitenden Sätzen seiner Rede ein fiammendes Anathema gegen die radikale Frage geschleudert. Das soll mich nicht hindern, meinen grundsätzlichen Standpunkt hier darzutun. Haase hat seinen Schmerz darüber zum Ausdruck gebracht, daß trotz des Revolutionsprogramms auch heute noch Meinungsverschiedenheiten herrschen. Das Programm war ein Kompromiß mit allen Schichten des Kompromisses.

Wir gehen an die Beurteilung der Frage des Parlamentarismus von anderen Voraussetzungen aus, als Genosse Haase. Das, was ich vertritt, ist ein Produkt der Revolution, also verhältnismäßig jungen Datums. In der gegenwärtigen Situation müssen wir dieser Entwicklung mit ganz anderen kritischen Augen gegenüberstellen, als bis jetzt. In diesem Stadium der Revolution hat der Parlamentarismus keine Begründung mehr. Er ist geboren aus der Gebundenheit der Neubalzeit, um dem dritten Stand Selbstbefreiung zu verschaffen. Diese Selbstbefreiung ist durch die bürgerlichen Revolutionen geschaffen worden. Heute liegen die Dinge so, daß der Kapitalismus durch die Katastrophe des Krieges in seinen Grundfesten erschüttert ist. Wir müssen hoffen, was fällt. In dieser gegenwärtigen historischen Epoche dient es nicht der revolutionären Entwicklung, wenn wir die parlamentarische Ideologie weiter aufrechterhalten. Den geschichtlichen Argumenten kann man sich wohl nicht verschließen. Aber der Kongreß von 1908 hat vor sich eine ökonomische Lage, die wie Tag und Nacht unterschieden war von der gegenwärtigen Situation. Damals bestand der

Kapitalismus in seiner Jugend blühen. Die Arbeiterschaft war wenig geschult. Dazu in Deutschland ein reaktionäres Staatswesen. Es ist gar kein Zweifel, daß damals der Parlamentarismus berechtigt war. Aber diese objektive Notwendigkeit hatte auch ihre Gefahr in sich. Wir hätten es für unsere Pflicht, den parlamentarischen Institutionen rücksichtslos entgegenzutreten. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß man jetzt mit dem parlamentarischen Sozialismus Ernst machen muß, dann ist der Parlamentarismus das ungeeignetste Mittel, die soziale Revolution zu Ende zu führen.

Wenn wir unsere Gegnerchaft zum Parlamentarismus ausdrücken, so meinen wir damit nicht, daß die Arbeiter während der Wahl die Hand über den Kopf ziehen sollen.

Wir wollen die direkte Aktion.

Wir wollen eine Waffe mit Aussicht auf Erfolg, und diese Waffe ist der Parlamentarismus nicht. Wenn wir, und jetzt gegen den Parlamentarismus werden, so deshalb, weil wir die Hoffnung haben, daß die U. S. P. durch die Tat beweist, daß sie eine revolutionäre Partei ist. Die historische Schlussfolgerung auf die Ausführungen des Genossen Haase ist eine große Resignation. Ich bin kein Prophet und erhebe auch keinen Anspruch darauf, einer zu sein. Gines steht für mich fest: Wenn wir uns jetzt, nachdem die Revolution liquidiert ist, durch die Verfassung, die die kapitalistische Wirtschaft wieder fest dekretiert, wenn wir uns da einreden, daß wir uns nicht mehr auf revolutionäre Kämpfe einlassen können, dann wird es auf lange Zeit nicht mehr möglich sein, gegen den Kapitalismus anzutreten.

Haase hat Lugensburg, Diebstahl und Diebstahl als Kronzeugen für sich angerufen. Ich bin überzeugt, daß die ersten beiden den Dingen heute ganz anders gegenüberstehen würden. Wenn wir uns schon mit dem Parlamentarismus einverstanden erklären, dann müssen wir auch in den Parlamenten arbeiten. Das bedingt wieder die Agitation für den Wahlkampf. Ich habe das für eine ungeheure Gefahr, jetzt, wo es um uns geht. In der Sitzung der Vertrauensleute am 23. Oktober 1918 wurde uns auch entgegengehalten: Ihr seid ja verrückt, ihr tiert ja nur auf die Revolution, und in vierzig Tagen war sie da. Wenn es uns nicht gelingt, die Revolution vorwärtszutreiben, dann gehen wir einer langen Reaktion entgegen. Wir sind der Auffassung, daß durch den Weltkrieg der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft eingetreten ist und daß die historische Epoche gegeben ist, den Sozialismus einzuführen. Dafür, für diese Zwischenzeit, gilt das Wort von Marx von der Diktatur des Proletariats. Für mich steht die heilige Gewissheit fest, daß wir mit dem Aufbau des Räte-Systems das Richtige getroffen haben. Wenn sonst werden nicht der ganze Kapitalismus, die Reaktion und die Rechtssozialisten gegen uns stehen. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen mit Hilfe des organisierten Räte-Systems die politische Macht erobern. Ein Räte-System wie es in der Verfassung verankert ist, ist allerdings das selbstverständliche Gegenstück zur Parlamentsarbeit. Das darf dem Kapitalismus nicht wehe tun. (Sehr richtig!) So können wir lange warten, bis durch das Parlament Sozialismus Wirklichkeit wird. Wir wollen das revolutionäre Proletariat sammeln

auf dem Boden des revolutionären Räte-Systems.

Die wichtigste Waffe des Proletariats, die Arbeitskraft, soll in der härtesten Form zusammengefaßt werden, um der kapitalistischen Gesellschaft den Stich zu versetzen. Ich glaube weder an den Heilich der Räte noch an den Heilich der Parlamente. Man wird als Anomane hingestellt, der nur auf diese Idee hinstarrt. Ich kann mir nichts anderes denken, als daß das Räte-System das Mittel ist, das zerfallene Proletariat zu einigen. Dies revolutionäre Räte-System ist uns nicht nur Mittel, sondern auch Ziel. Es soll in alle Poren des Produktionsprozesses dringen. Es wird Jahre dauern, ehe der Sozialismus in der Produktion durchgeföhrt ist. Das Räte-System soll auch politische Funktionen haben. Gesetzgebung und Verwaltung müssen in einer Körperschaft vereinigt werden.

Wir sind nicht prinzipielle Gegner der Demokratie. Unser Grundsatz ist: Durch praktischen Sozialismus zur Demokratie. Die Politik der Rechtssozialisten und uneingeständenermaßen auch der Freunde von Haase ist durch Demokratie zum Sozialismus. (Lebh. Widerspruch.) Das, was Haase von den Rechtssozialisten trennt, ist nicht allzuviel. Es nutzt nichts, bloß auf Ebert oder Noske zu schimpfen, die Scheitelnie liegt tiefer: auf der einen Seite Reformsozialismus, auf der anderen Seite revolutionärer Sozialismus. Und gerade weil wir von Russland ungeheuer lernen können, wie wir es nicht machen sollen, bauen wir unser Räte-System nicht slavisch nach russischem Muster aus.

Wir schälen uns die Herrschaft einer Partei. Das ist die große Trennungsscheide zwischen uns und den Kommunisten. Ich habe mich gegen jeden Parteigeist gewandt. Wir haben auch gelernt aus Ungarn und Rumänien, wo das System viel zu schmal aufgebaut war. Das militärische Machtmittel scheidet von vornherein aus. Deshalb kann es für uns keine Stellung haben, daß es Leute gäbe, für die die Gewalt das einzig revolutionäre Kampfmittel sei. Wir wollen, das, was Ebert ausführt, auch meine Meinung ist. Mag der marxistische Punkt treffen auch, ich erkläre ohne weiteres, daß das, was Ebert ausführt, auch meine Meinung ist. Mag der Parteitag entscheiden, wie die Frage sein soll — ob Parlamentarismus oder Räte-System. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Brühl, brachte darauf folgende von dem Genossen Haase eingebrachte Resolution zur Verlesung:

„Die Verbandsgeneralversammlung Berlin-Brandenburg stellt sich auf den Boden des Revolutionsprogramms der U. S. P. D. Sie bedient sich zur Erreichung ihres Zieles aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel einschließlich der Parlamente.“

Ein Geschäftsordnungsantrag des Genossen Veid, die Debatte über die Vorträge in einer späteren Versammlung weiterzuführen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgte dann die Statutenberatung. Genosse Weise empfahl den Entwurf der Reorganisationskommission und wandte sich gegen den Gegenentwurf von Teltow-Beeskow. Genosse Löwenstein begründete ausführlich den Gegenentwurf von Teltow-Beeskow. Nachdem Weise sich noch einmal gegen Teltow-Beeskow gewandt, wurde beschlossen, den Gegenentwurf von Teltow-Beeskow als Grundlage zu nehmen. Darauf erklärte Genosse Küter, es bleibe nichts übrig, als die Generalversammlung zu verlagern und den Entwurf an die einzelnen Bezirke zu verweisen. Es wurde demgemäß beschlossen. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Dem Republikanischen Führerband wird und geschrieben: „Zu Ihrer Notiz, es bleibt bei der Rahregelung“, möchten wir und den Hinweis gefahren, daß entgegen Ihrer Auffassung der Republikanische Führerband keineswegs auf den Kampf gegen die Rahregelung seines Vorstandsmitgliedes, Major Lange, verzichtet. Der Kampf um die prinzipielle Entscheidung des Falles wird von uns ganz unabhängig von der anderweitigen Anwendung des Major Lange mit aller Energie fortgeführt.

Der internationale Jugendtag.

Maschinengewehre gegen Jugendliche.

Die Klassenbewußten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins gaben sich gestern in dem bekannten Auszug nach Wilsberg ein Stelldichein, das der Idee der internationalen Solidarität gewidmet war. Es handelte sich also um eine friedliche festliche Zusammenkunft junger Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis zu 18 Jahren. Rosketruppen blieb es vorbehalten, dieser Jugendfeier einen besonderen Stempel aufzudrücken. Als die Teilnehmer sich auf den Rückmarsch begaben, schossen ohne jeden Anlaß und ohne jede Warnung Gewehre und Maschinengewehre auf den Haie der Jugendlichen und Kinder. Fünf Jugendliche wurden verletzt. Der die Truppen befehlighende Offizier erklärte ausdrücklich, den Befehl zum sofortigen Schießen erhalten zu haben. Für jeden Menschen mit gesunden Sinnen wird es unerfindlich sein, daß ein Befehl gegeben werden konnte, auf Jugendliche und Kinder, die in der Natur ihren Sonntag friedlich feiern, zu schießen. Glaubst Noske, der selbst einmal den Arbeitern die Pflicht der internationalen Solidarität gepredigt hat, in der arbeitenden Jugend auf

Du stärkst den Kapitalismus

wenn du deine Ersparnisse weiterhin den Banken und Sparkassen überweist.

Du dienst dem Sozialismus

wenn du dein Geld einem sozialistischen Unternehmen zuweist. Drum werde Mitglied der

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

diese Weise das Solidaritätsgefühl töten zu können? Im Gegenteil! Sein Vorgehen gegen die Jugend wird in den Herzen nur neuen Widerwillen gegen ihn und die zur Zeit herrschenden Gewalten erzeugen.

Ueber den Verlauf des Jugendtages geht uns folgender Bericht aus:

Die sozialistische Jugend Groß-Berlins hatte sich auf ihren Feiertag geehrt und für ihn geehrt. Sie wollte ihn gemeinsam mit den Jugend-Genossen der ganzen Internationale am 7. September begehen. Schon im Laufe des Vormittags strömten die Scharen der sozialistischen Jugend aus Berlin und Umgebung auf dem Sammelpunkt, beim „Alten Freund“ in Wilsberg zusammen. Mit Eifer und frohem Spiel wurde der Vormittag verbracht. Um zwei Uhr sammelten sich die weithin gelagerten vielen kleinen Gruppen, um eine einzige große zu bilden. Es war ein prächtiges Bild, die jungen Menschenkinder mit ihren leuchtenden Augen um ihre zahlreicheren zum Donner geschaut zu sehen. Durch ein Streichungsort, an das sich Gesang und Rezitationen schlossen, wurde das einfache Programm eingeleitet. Dann legte ein Jugendgenosse in kurzen, aber treffenden Worten die Bedeutung des Tages dar. Heute gelte es, auf der ganzen Welt den Kampf zu führen, aber nicht mehr zwischen Deutschen, Russen, Franzosen und Engländern, sondern zwischen den beiden allein noch bestehenden Gegnern: der Bourgeoisie und Proletariat. Die Ansprache schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Weltrevolution und die Internationale. Aus Mannheim, der Schweiz und aus Rußland wurden Grüße der proletarischen Jugend übermittelt. Es folgte der Vortrag des herrlichen Gedichtes „Leber du dich als Slav“. Weithin schallte dann der Gesang der Jugend: „Wir sind die junge Garde, des Proletariats“ und die „Internationale“. Es folgte ein Gruß von der eingeleiteten Genossen in allen Ländern, die mit Sehnsucht den Tag ihrer Befreiung — der Befreiung der Proletarier aller Länder — erwarten.

Um 4 Uhr formierten sich die Jugendlichen zu einem imposanten Zug. Sie beabsichtigten, durch Spandau nach Berlin zu marschieren. Als die Spitze des Zuges die Heerstraße erreichte, gewachte sie zu beiden Seiten dieser Straße und seitlich im Walde sechs Maschinengewehre, auf den Zug gerichtet. Wozu die Bedrohung des Zuges mit drei Seiten? Ein Offizier wollte von weitem dem Zuge mit einer Landkarte entgegen. Sollte es ein Haltsignal sein? Drei Arbeitermarxisten traten aus dem Zuge hervor, um dem Offizier Aufklärung zu verlangen. Der Zug folgte. Da, als er die Brücke kurz vor Spandau passierte hatte, trachten ohne jede Warnung drei Gewehrflügel, denen Maschinen-gewehrfeuer folgte. Eine ungeheure Aufregung und Empörung entstand. Im ersten Wirrwarr der flüchtenden und Stürzenden war nichts zu bemerken. Man mahnte zur Ruhe.

Fünf verwundete Jugendliche

waren das Nutze Ergebnis der sinnlosen Schießerei. Zwei Jugendliche waren mit Streichschüssen davongekommen. Einer hatte einen Kopfschuß über dem linken Auge erhalten, der ihm wahrscheinlich das Augenlicht rauben wird. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Ein anderer Jugendlicher trug Verletzungen am Knie davon und ein weiterer wurde an der Hand verwundet.

In größter Entrüstung umdrängten die Jugendlichen die Maschinengewehrflügel. Der Führer, Leutnant Jakob von der 1. Maschinengewehrkompanie der Reichswehrbrigade 81, sprach sein Bedauern aus, er habe jedoch strengsten Befehl vom Reichswehrkommando erhalten,

auf die Demonstrierenden zu schießen.

Ausdrücklich betonte er, daß er sofort scharf schießen sollte. Die Soldaten am Maschinengewehr — auch Jugendliche — schienen sich ihrer Selbsttaten noch zu freuen, ein eben ankommender meldete die Bereitschaft von 50 Mann Verstärkung. Nur einer am Maschinengewehr zitterte am ganzen Körper! Hilfsbereite Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes leisteten den Verwundeten die erste Hilfe.

Die Arbeiterstadt Spandau war also den Jugendlichen versperrt. Sie zogen auf Charlottenburg und passierten die Straßen der Kriegsgewinnler und Volksausbeuter, die vielleicht eine kleine Ahnung davon bekommen haben, was begeisterte Jugend in kommenden Kämpfen einmal vermag. Eilig wurde die von Noske verbotene „Junge Garde“ und die „Jugend-Internationale“ verlaufen.

Ohne Widerstand und Zwischenfall bewogte sich der Zug durch den Kaiserpark, Hardenberg, Tauentzien, Meißel, Wilow- und Potsdamer Straße. Am Bahnhof des Potsdamer Platzes hielt ein Jugendgenosse nochmals eine kurze Ansprache, die Ereignisse und die Bedeutung des Tages würdigend. Die Jugendlichen gelobten, treu zu denen zu halten, deren Blut heute für die Idee der Menschheitsbefreiung geflossen war. Ein Feuer flammt auf, das

die Bestreuer der menschenwürdigen Jugendbewegung besetzt. Man verbrannte die Fortbildungsschüler für ihren Streik zugestellten Straßmandate. Mit einem Hoch auf die völkerverfeindende Internationale trennte man sich. Dieser Tag hat auf alle Beteiligten einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Mit Jubel und Siegeshoffnung sieht die Jugend der Zukunft — ihrer Zukunft — entgegen, denn „sie wien den Geist nicht, sie verblühen!“

Groß-Berlin.

Zusammenschluß der Berliner Junglehrer und Kriegseminaristen.

Rätzlich haben die Berliner Junglehrer und Kriegseminaristen über einen organisatorischen Zusammenschluß der bisher getrennt arbeitenden jungen Vereinigung beraten.

Witterste materielle und geistige Not gab den Vorführungen aller Redner erschütternden Klang. Aus der Halle des vortragenden Materials nur einige Beispiele: An Bezahlung wird den jungen Lehrkräften heutigen Tags 1,80 M. für die erteilte Beibringung geboten. Ferien und schulfreie Tage werden nicht bezahlt. Unberücksichtigt bleibt, daß nach den offiziellen Unterrichtsstunden die Tätigkeit des Lehrers nicht beendet ist. Ist es da ein Wunder, wenn sich unsere künftigen Jugendbezieher noch einen Nebenverdienst suchen müssen, der häufig genug mit ihrem Beruf und ihrer Vorbildung in keiner Weise harmonisiert! Aber noch entsetzlicher ist das Elend dieser, die keine Anstellung finden konnten. Da ihnen bisher von keiner Seite Hilfe wurde, haben sie dazu greifen müssen, auf den Straßen und Plätzen mit Zigaretten und Seife zu handeln; andere sind Kellner in Padoorten geworden und einzelne haben sich in ihrer grenzenlosen Not zum Eintragen von Zeichen anbieten müssen. Was aber bei alledem geradezu unbeschreiblich ist, ist die Tatsache, daß in verschiedenen Schulen Berlins Bekehrstellen, die von den jungen Kräften besetzt werden könnten, Personen zugesandt werden, die es durchweg nicht nötig haben und zum Teil nicht einmal dazu qualifiziert sind. So unterrichtet, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, in der 300. Gemeindeschule die Frau eines Lehrers, die vor 10 Jahren das Seminar besucht, aber keine Prüfung abgelegt hat. In der Schule Schöningsstraße ist sogar die Frau des Rektors und in der Osners Straße die Tochter des Rektors mit angestellt. Die jungen Bekehrte aber bleiben stellunglos. Diese Fälle stehen jedoch keineswegs vereinzelt da; ein anderer Redner konnte von weiteren 50 Fällen berichten, gegen deren Befestigung alle Schritte bisher fruchtlos geblieben sind.

Hand in Hand mit der grausamen, materiellen Not schreitet die geistige Not. Ohne nennenswerte Unterstützung sind die jungen Menschen zur Fortführung ihres Studiums, selbst wenn sie ausfüllweise angestellt sind, auf Nebenverdienst oft recht betrübender Art angewiesen. Der Finanzminister hat kein Geld für unsere künftigen Volkserzieher. Wer für die Rosketruppen, wurde mit Recht in bitterer Ironie geäußert. Und „Freie Bahn dem tüchtig Begabtesten“ sei das Motto; wenn man lebt an die Zulassung zum Unberufstudium denke, führte ein Redner mit Recht aus.

Zur Befestigung dieser himmelstreichenden Umstände haben sich nun die Junglehrer mit den Kriegseminaristen zusammengesetzt, weil von den alten bestehenden Lehrervereinen nichts getan wurde. Wenn auch unvollständig das Bestreben hervortrat, Politik aus dem Spiele zu lassen, so traf doch gewisslos der Redner, den Nagel auf den Kopf, der da ausführte: „Wer über Schulfrei und Erziehungsfragen spricht, kann an der großen Politik nicht vorbeigehen.“ Das war auch den Versammelten mehr oder weniger bewußt und ein großer Teil hat auch schon erkannt, welche politische Richtung nach dem schmähligen Schulkompromiß zur Bewirkung solcher Ziele nur noch in Frage kommt.

Der Tod des Inspektors Blau.

Darüber berichtet eine Lokal-Korrespondenz: Der Arbeiter Max Deuschner wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er wird der Anstiftung zur Ermordung Blaus beschuldigt. Deuschner erklärte, daß er von der Tat nichts wisse und auch über die Täter nichts sagen könne, doch hat die Untersuchung ergeben, daß er als Versammlungsleiter den Befehl erteilt hat, Blau umzubringen. Er gibt an, daß ihm an dem Abend in der Versammlung aufgefallen sei, daß Blau zwei Finger der rechten Hand fehlten. Als er nun in der Zeitung gelesen habe, daß im Landwehrkanal die zusammengeknürte Leiche eines dunkelhäutigen unbekannten Mannes gelandet worden sei, dem die beiden Finger fehlten, habe er sich gleich gesagt, daß es sich um Blau handeln müsse. Nun packte ihn die Angst. Wie er selbst sagt, sah er sich schon in Untersuchungshaft und traf sofort Vorbereitungen zur Flucht. Er fuhr nach Königsberg, um dort auf Papiere zu warten, die ihm die kommunistische Zentrale zufanden und die ihm ermöglichen sollten, über die Grenze nach Rußland zu fliehen. Die hiesige Kriminalpolizei hatte jedoch seine Spur verfolgt, seinen Aufenthalt in Königsberg ermittelt und die dortige Kriminalpolizei aufmerksam gemacht, die ihn dann festnahm, bevor er noch keinen Plan verurteilt hatte. Der Plan, berichtet weiter die Korrespondenz, Blau umzubringen, ist, wie die Feststellungen der Kriminalpolizei ergeben haben, in München gefaßt worden. Zuerst wollten die Spartakisten den ihnen lästigen Epistel nach Wien locken und ihn dort beseitigen lassen. Schließlich entschied man sich aber für Berlin. Der 27 Jahre alte, aus Südtirol gebürtige Möbelzeiger Franz Hermann lockte Blau von München nach Berlin und führte ihn in die Versammlung, in der sein Tod beschlossen wurde. In dem dringenden Verdacht, das Todesurteil vollstreckt zu haben, steht der 22 Jahre alte aus Arnswalde gebürtige Schlächtergehilfe Hermann Dahms, der zuletzt in Berlin wohnhaft war und ebenso wie Hermann flüchtig ist. Auf beide wird jetzt eifrig gefahndet, doch gelang es bisher noch nicht, ihren Aufenthalt zu ermitteln.

Dieser tendenziöse Bericht ist mit Vorzicht aufzunehmen. Reicht er doch keine Ansicht nur zu deutlich hervor.

Im Reich der Wölfe lautet das Thema des Vortrages mit Bildnissen, den Herr Stubelmeister Kirsch am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Tropen-Sternwarte halten wird.

Lebensmittellisten.

Trayton, 5 Pfund Kartoffeln, 200 Gramm Hefe-Kuchen, 3 Pakete Milchpulver, 250 Gramm Weizenmehl, 125 Gramm Schokoladenpulver. Für Kinder im 1. Lebensjahre 750 Gramm Hefe-Kuchen; für Kinder im 2. Lebensjahre 500 Gramm Hefe-Kuchen, 250 Gramm Weizenmehl. Steglitz, 7 Pfund Kartoffeln, 40 Gramm Butter, 100 Gramm Margarine. Vorkundgebung vom 8. bis 10. September, 250 Gramm Weizenmehl, Verkauf vom 11. bis 13. September; 250 Gramm ausl. Hülsenfrüchte, 250 Gramm Hefe-Kuchen, 250 Gramm Cacao, 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl. Reinickendorf, 3 Pakete Milchpulver, 250 Gramm Weizenmehl, 10 Pfund Kartoffeln, 125 Gramm Reis, 250 Gramm Weizenmehl, 500 Gramm Suppen. Friedrichshagen, Dienstag: 250 Gramm ausl. Hülsenfrüchte, Mittwoch: 250 Gramm ausl. Weizenmehl, Donnerstag: 150 Gramm Kresse, Gemüsepulver, 2 Packungen Milchpulver, 4 Schüsseln Getreidehälter, Freitag: 100 Gramm Reis, Gummischokolade gegen Vergiftung der Haushaltskarte.

Donnerst. 1/2 Pfund Nusskuchen, 1 Pfund Pfefferkuchen, 1/2 Pfund
ausl. Nusskuchen. Für Jugendliche 1/2 Pfund Nusskuchen, 1/2 Pfund
amerik. Nusskuchen. — Anmeldungen bis Freitag.

Brauerei, 100, Ecke Wobstraße, — Bezirk Marksa. — Abends 7 Uhr
Beiratsversammlung bei Strauß, Pappelallee 23.

Treffpunkt 3/8 Uhr und für die Genossen in Baumhüttenweg um 8 Uhr
am Bahnhof.

Treffpunkt-Beisitz. Heute abends 7 Uhr findet in Reuhöfen, Rathaus,
Stadtratsbesitzungsraum, der nächste Beiratsabend im Räte-
kurus statt.

Reuhöfen. Alle Teilnehmer des Beiratskurus aufatmen sollen sich am
Donnerstag abends 7 1/2 Uhr bei Reuffen, Erstr. 8, einfinden.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reuhöfen
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei
Lindendruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bereinstellender.

Deutscher Arbeiter-Verein. Die Arbeit-Beiratsmitglieder ver-
sammeln sich am Dienstag abends 8 Uhr im Schulhaus, Neue Joch-
straße 24/25, zur Entgegennahme von Mitteilungen über die Tarif-
beschwerden.

Aus den Organisationen.

Feierabendklub. Montag, 8. September, Zusammenkunft der Bil-
dungsgemeinschaft bei Dorn, Prinzen-Allee 86, abends 7 1/2 Uhr, Vor-
trag des Genossen Pöfgen.

Treffpunkt-Baumhüttenweg. Am Sonntag, 14. September, gemein-
samer Familienausflug des U. S. P. -Vereins Treffpunkt-Baumhütten-
weg nach Restaurant „Rübezahl“ am Müggelsee. Treffpunkt: Bahnhof!

JANDORF

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Rotfahner Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Senftopf
schweres
Pressmstr. 95 Pt.

1 Froschglas
95 Pt.

6 Eierbecher Porzellan 95 Pt.

3 Wassergläser
95 Pt.

1 ovale Glasschale schweres
Pressmstr. 95 Pt.

2 Kinderbecher
Emaille
95 Pt.

2 Leuchter bunt 95 Pt.

1 Wandteller
oval,
28x24 cm
95 Pt.

1 Milchtopf
mit Goldrand
Porzellan 95 Pt.

1 Vorratsdose
sortierte
Muster.... 95 Pt.

Glas

2 Likörkelche 95 Pt.
schönes
Pressmstr. 95 Pt.

1 Kuchenteller
schönes
Pressmstr. 95 Pt.

Wirtschafts-Artikel

1 Staubwedel 95 Pt.
1 Scheuerbürste 95 Pt.
1 Ausklopfen 95 Pt.
1 Fleischbreit 95 Pt.
2 Frühstücksbretchen 95 Pt.
1 Aermelplättchen 95 Pt.
3 Kleiderbügel 95 Pt.
1 Gross Reißnagel 95 Pt.
1 Eßlöffel (Aluminium) 95 Pt.
3 Teelöffel 95 Pt.
3 Eßlöffel 95 Pt.
1 Paket Stahlspäne 95 Pt.
6 Ausstechformen 95 Pt.
1 Kaffee- oder Zuckerbüchse 95 Pt.
1 Gebäckkasten 95 Pt.
1 Gewürztonne verschiedene
Aufschriften .. 95 Pt.
1 Schneeschläger 95 Pt.
1 Handwaschbürste 95 Pt.

Porzellan

1 Oberlatte reich verziert..... 95 Pt.
3 Eierbecher mit Randf. 95 Pt.
1 Kaffeebecher reich dekoriert 95 Pt.
1 Milchtopf verschied. Formen
hübsche Muster .. 95 Pt.
1 Tasse mit Untertasse, reich
dekoriert 95 Pt.
1 Hippe 95 Pt.
1 Abendbrotteller 95 Pt.
2 Kompotteller 95 Pt.
1 Tasse mit Untertasse 95 Pt.

Parfümerien

1 Tube Pfefferminz Zahnpasta 95 Pt.
1 Zahnbürste 95 Pt.
1 Glas-Zahnpulverdose }
1 Paket Zahnpulver } zusammen
4 Pakete Teer-Schampoo... 95 Pt.
1 Nagelpolierstein 95 Pt.
1 Handwaschbürste 95 Pt.
3 Rasierklingen 95 Pt.
1 Rasierpinsel 95 Pt.
6 Pakete Blitzblank 95 Pt.
1 Bechse Nigrin-Schuhcreme
schwarz, weiss, gold oder braun 95 Pt.
1 Blechflasche Putzwasser .. 95 Pt.

Steinart

1 Kaffeebecher 95 Pt.
2 Milchbecher 95 Pt.

Galanterie

1 Haussagen mit Holzrahmen. 95 Pt.
1 Haubennetz 95 Pt.
1 Stirnnetz 40x40 cm 95 Pt.
1 Fotografie-Rahmen 95 Pt.
1 Geldscheintasche 95 Pt.

Schreibwaren

1 Block 100 Blatt Briefpapier 95 Pt.
10 Bromsilber-Postkarten 95 Pt.
25 Briefbogen }
25 Umschläge } zusammen... 95 Pt.
50 Kartenbriefe 95 Pt.
10 Meter Küchenkante 95 Pt.
1 Tischtuch weiß Krepppapier.. 95 Pt.
12 Bleistifte 95 Pt.
25 Berliner Ansichtskarten. 95 Pt.
50 Hanfumschläge 95 Pt.

2 Milchtöpfe
Porzellan
reich
dekoriert 95 Pt.

1 Maschinentopf
Emaille... 95 Pt.

1 Schlüsselteller 95 Pt.

3 Becher
95 Pt.

1 Königskuchenform 95 Pt.

2 Milchbecher
mit Kinderbild.
Porzellan 95 Pt.

1 Küchenbeil 95 Pt.

**1 Essig-
und
1 Oelflasche**
sortierte Must.
95 Pt.

1 Quirlbrett 95 Pt.

2 Einmachegläser 95 Pt.

4 Gewürztonnen
bunt 95 Pt.

1 Markttasche
36 cm 95 Pt.

1 Zuckerdose
Porzellan
hübsch. Blumenm.
verschied.
Formen.. 95 Pt.

**2 Tassen m. Unter-
tassen**... 95 Pt.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am
Döllnplate. Montag 7 Uhr: Der Schwarz-
künstler.

Opernhaus
7 Uhr: Hiesel u. Gretel.
Fanzbilder.

Schauspielhaus
8 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
Montag 7 Uhr: Wie es euch gefällt

Kammerspiele
Montag 7 Uhr: Maria Magdalena

Königgrätzer Straße
8 Uhr: Musik
Dienstags: Kameraden.
Mittwoch: Kameraden.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
14 Uhr: Lisele von der Pleie

Berliner Theater
7:20 Uhr: Die Dame i. Frank

Lossing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky.
Montag 7 Uhr: Liebo.
Dienstag 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutscher Künstler-Theater
Montag bis Sacl. Freitag 12.
14 Uhr: Das Schloß am Wannsee

Trion-Theater.
an der Friedrichstraße. Täglich 8 Uhr.
Dar gute Ruf

Montag 4 Uhr: Kleine Probe;
Mittwoch: Szenenwettbewerb
Sonnabend: Aushausbrädel.

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Täglich 8 Uhr
Das höhere Leben
Isis. 4 Uhr u. 8 Uhr
Mittwoch: Rothappon
Sonnabend: Hiesel u. Gretel

Rose-Theater
7 Uhr: Sommernacht.

Walhalla-Theater
Täglich 7 Uhr:
Das Gesetz.

Casino-Theater
Lehrter Str. 21. Täglich 8 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbühne“.
Operettenakt mit Viktor Litzok
von der Komischen Oper.
Dann arztliche Spezialitäten.
Sonntag 14 Uhr: Mischelocher.

Wintergarten
täglich 7 Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-8.
Täglich 14 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
1. Rang
in der Tanz-Diale
täglich ab 6 Uhr: **Ball.**

Elite-Sänger
9 Uhr. Mitgl. der
Stettiner-Sänger
Neues Programm
Großer Liederabend
Jeden Sonntag
Nachh. Vorstellung.
zu erm. Preis.
14. Erw. 1 Kl. 1 Kl. 1 Kl.
Blüthen-Konzert.

Reinigt du das Band, wo
die Götter stehen?
Sagt du den kleinen Spre-
malen schon gefehen?
Der schönste Ausflugs-
ort im Reich
30
Waldschloß
in Schönliche.
Tel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
Hasenheide 13/15
Ringer-Weltstreit

Montag rüben:
Solowald
Kulturkampf i. Schloß gegen
Herold
Friedenskrieg
Bambula gegen Laib
Lambert im Spiegel
Wiederaufnahme des
Entscheidungskampfes
Kornatz gegen Richter
Kulturkampf der beiden Länder
Dieser Kampf endet mit
Verzögerung des Publikums
kann seine reguläre Ab-
schluß. Für den Sieger ist
von einer Dame eine gol-
dene Uhr oder ein Ketten ge-
stiftet.
Beginn des Konzerts 4 Uhr.
der Vorstellung 6 Uhr.
der Ringkampf 8 Uhr.
Vorher:
Spezialitäten-Programm
Dienstags, Donnerstags und
Sonntag
Großer Ball.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 51, Lindenstraße 88/89.
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Ami Norden 185, 1839, 1687, 9714.

Verammlung
oder Lehrstunde der Maschinenbetriebe Groß-Berlins
in der Halle der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17.

Agenda:
1. Vortrag: „Die Entstehung des Arbeiterpartei und die Ent-
wicklung der Arbeiterbewegung.“ Referent:
H. Weiler. — 2. Diskussion und Beschlüsse.
Und jeder Werkstatthalter die Beschlüsse zu dieser wichtigen
Verammlung beizubringen zu befehlen.
Die Arbeiterbewegung.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Am Montag, den 8. Sept., abends 7 Uhr in Mutter-
Gerechtschaff, Keller Mühlent. 21

Öffentliche Zimmererverammlung.
Agenda:
1. Tod legt dem Bezirksverband der Zimmerer Berlin den Zentral-
verband der Zimmerer Berlins vor. — 2. Beschlüsse.
Der Bezirksverband der Zimmerer Berlins ist zu dieser Ver-
ammlung herzlich gelad.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umg.
Der Vorstand.

**Zähne naturgetreu
wie echte.**
Friedenskautech, bestes Material, pro Zahn
4.— M. und 6.— M. Keine Krone.
Spezialität: Goldkrone von 30.— M. an.
Teilzahlung gestattet. Garantie 3 Jahre.
Schonende Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse.
Zahnleihen anatomisch. Reparaturen, Umarbeitungen sofort.

Max Fabian, Dentist
Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom
Alexanderl.

Mierdurch die traurige
Nachricht, daß meine
Liebe Frau, unsere liebe
herzengute Mutter,
Schwiegmutter und
Großmutter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Marie Brack
geb. Adler
plötzlich und unerwartet
keine früh 12 Uhr an
Gehirnschlag verstor-
ben ist.
Dies zeigt in Hefer
Trauer an
Berlin, den 6. 9. 1919.
Karl Brack
nebst Kindern und
Enkelkindern.

Die Beerdigung findet
am Mittwoch, den
9. September, nach-
mittags 4 Uhr, vom
Trauerhause, Stettiner
Straße 18, im Kremato-
rium Gerichstr. statt.

**Sealmental, Weißfuchs,
Kreuzfuchs,
elektrotech. Zahnabfertigung
Pelzhaus Abuco,
Lützowstraße 36 I.**

Elektromotoren kaufen
gebrauchte, auch defekte
jeder Art
„Mody“
Schönberger, Verbergstr. 3
Am Stoppel 414. Reparatur-
werkstatt, Ankerwickel.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
künstl.
Ingenieurbüro Schilling
Berlin W 9, Lützowstr. 16.
Tel.: Lützow 3708 und 5815

Kupfer — Messing — Quecksilber
Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle
kaufen!
Peters, Franzlauer Straße 24,
Peters, Reinickendorfer Straße 12,
Höban, Waldstraße 3, Ecke Turmstraße,
Ermel, Gubener Straße 59, an der Frank-
furter Allee,
Begerer, Schöneberg, Bahnstraße 46.

KUPFERDRÄHTE, Piano
Kabel, Litzen,
Wachs- und Dyzanodrabt,
Kreuznägel bis 1600 M. kann
Bick, Zionskirchplatz 1.

Arbeitsmarkt

Botenfrauen
für Südeno
sucht
Wernse, Steglitz, Sonnenstr. 21

Botenfrauen
sucht
Spedition Werner,
Greiswalder Straße 28,
Organisator wird bevorzugt.

Großen Erfolg

haben selbst die
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit“.

Auch die sauberste Mutter
ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungeleser mitbringt. Sie kann es aber
— Ungeleser nebst Wäsen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei schäumt unser
Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker.
Flasche 1,75 M. und 2,75 M. überall zu haben.

Apotheker Otto Viehler & Biebler, N 65, Schullstr. 17.